

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 10. Sitzung des Haupt- und Vergabeausschusses der Gemeinde Schkopau am 12.01.2021

Haupt- und Vergabeausschuss

Schkopau, d. 12.02.2021

Sitzung am: 12.01.2021

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:55 Uhr

Ort, Raum: 06258 Schkopau, Schulstraße 18, Bürgerhaus, Ratssaal

Anwesenheit: siehe Anlage

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

- TOP 1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
- TOP 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- TOP 3. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4. Einwohnerfragestunde
- TOP 5. Bericht des Bürgermeisters
- TOP 6. Bekanntgabe von (amtlichen) Mitteilungen
- TOP 7. Diskussion zum Stellenplan 2021
- TOP 8. Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- TOP 9. Diskussion zum Stand Kita
- TOP 10. Anfragen und Anregungen
- TOP 11. Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Sitzungsverlauf:

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Herr Ringling eröffnet um 18.32 Uhr die Sitzung.

Aufgrund der aktuellen Coronasituation ist diese Sitzung ein erster Versuch und gleichzeitig eine Probe, Tagungen online per Videoschaltung stattfinden zu lassen.

TOP 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Einberufung der Mitglieder wird festgestellt. Es sind von 7 Mitgliedern + Bürgermeister 5 Mitglieder online zugeschaltet und 1 Mitglied + Bürgermeister persönlich anwesend. Herr Bedemann wird von Frau Ewald vertreten.

Weiterhin haben sich auch Gemeinderäte zur Sitzung zugeschaltet.

Frau Schaaf erklärt, dass es heute keine Sitzung nach KVG-LSA ist. Die Sitzungsteilnehmer wurden richtig geladen, doch im Nachgang zur Einladung wurde die Möglichkeit geschaffen, die Sitzung als Videokonferenz durchzuführen.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 10. Sitzung des Haupt- und Vergabeausschusses der Gemeinde Schkopau am 12.01.2021

TOP 3. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Ringling erklärt, da die rechtlichen Rahmenbedingungen noch nicht geschaffen wurden, können in dieser Onlinesitzung keine Beschlüsse gefasst werden. Dazu muss erst die Geschäftsordnung geändert werden. Daher zieht er die Tagesordnungspunkte 8 und 13 zur Beschlussfassung zurück. Es werden keine Änderungsanträge gestellt. Die geänderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern bestätigt.

Danach gibt er noch kurze Anleitungen zur Handhabung der Videokonferenz, sowie die Verfahrensweise bei Wortmeldungen in der Sitzung bekannt.

TOP 4. Einwohnerfragestunde

Herr Ringling eröffnet um 18:38 Uhr die Einwohnerfragestunde. Da keine Einwohner anwesend sind und auch keine Anfragen der Anwesenden gestellt werden, wird diese zur selben Zeit beendet.

TOP 5. Bericht des Bürgermeisters

TOP 6. Bekanntgabe von (amtlichen) Mitteilungen

Herr Ringling führt aus:

- Die heutige Ausschusssitzung ist der erste Versuch, die moderne Technik der Verwaltung zu nutzen. Ämterbezogen finden bereits in dieser Form wöchentliche Onlineberatungen, wie z. B. mit den Kindertageseinrichtungen statt. Um die Ortschaftsratssitzungen, Ausschusssitzungen, sowie die Gemeinderatssitzung als Präsenzsitzung durchführen zu können, wird in der nächsten Woche ein Hygienekonzept für Sitzungen gemeindlicher und politischer Gremien erarbeitet. Am 26.01.2021 ist eine Klausurtagung geplant, Herr Sachse würde diese gern als Onlinesitzung durchführen. Die Schaffung der rechtlichen Grundlage, sprich die Anpassung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung ist bis dahin jedoch nicht realisierbar. Diese wurden bereits an die Kommunalaufsicht gesendet, nun muss man die Reaktion abwarten.
Die Haushaltsberatung kann daher nur unter strenger Beachtung und Einhaltung sämtlicher Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen in Präsenzsitzung durchgeführt werden. Eine Onlinezuschaltung der Amtsleiter wäre möglich. Auch die Sitzungen der Fraktionsvorsitzenden mit dem Bürgermeister sind online durchführbar.
- In der Telefonkonferenz mit den Bürgermeistern gab der Landrat bekannt, dass am 11.01.2021 das Impfzentrum des Landkreises Saalekreises erfolgreich startete. In einer heutigen Mitteilung des Landkreises wurden bereits Erst- und Zweitimpftermine bis einschließlich Februar vergeben. Aktuell steht kein Impfstoff mehr zur Verfügung, um neue Termine vergeben zu können. Sobald neuer Impfstoff vorhanden ist, wird die Freischaltung der neuen Impftermine rechtzeitig bekanntgegeben. Es wurde die Anfrage gestellt, ob in der Gemeinde Schkopau Einrichtungen zur Errichtung eines Impfzentrums zur Verfügung stehen. Vorschläge der Verwaltung wurden dem Landkreis mitgeteilt.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 10. Sitzung des Haupt- und Vergabeausschusses der Gemeinde Schkopau am 12.01.2021

- Der Entwurf der Stellungnahme der Gemeinde Schkopau zum Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle wird den Gemeinderäten sowie den Ortsbürgermeistern vorgelegt.
- Der Beschluss zur Neufassung der Entschädigungssatzung muss herbeigeführt werden. Bei Nichtbeschluss der Neufassung ist mit einer Rüge der Kommunalaufsicht zur ursprünglichen Satzung zu rechnen. Damit entfällt die Rechtsgrundlage zur Auszahlung der Aufwandsentschädigung.
Es wird gefragt, ob man sich den § 12 bei der derzeitigen Haushaltslage leisten kann oder verschieben muss, bis sich die Haushaltssituation gebessert hat.
Frau Spaller antwortet, dass sich der Sozialausschuss im Dezember nochmals mit dem § 12 der Entschädigungssatzung, der eine Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche für kommunale Angelegenheiten vorsieht, beschäftigt hat. Wie bereits in der Beschlussvorlage des Gemeinderates im Oktober ausführlich dargelegt, hat der Sozialausschuss in seiner Empfehlung vorgeschlagen, dass die Planansätze aus den Vorjahren übernommen werden und dem Gemeinderat empfohlen, die Neufassung der Entschädigungssatzung zu beschließen.
Trotz der schwierigen Haushaltslage, kann Frau Senf diese Entscheidung mittragen.

Weitere Mitglieder des Ausschusses sprechen sich für die Würdigung sowie für die Stärkung des Ehrenamtes aus. In vielfältiger Weise wird in den Ortsteilen der Gemeinde das Ehrenamt ausgeübt. Letztendlich könnte dadurch die Servicestation etwas entlastet werden, wenn z. B. Einwohner Grünpflegearbeiten übernehmen. Dafür sollen die Ehrenamtlichen auch einen kleinen Obolus erhalten.

- Wie die Notbetreuung in manchen Kindertageseinrichtungen in Schkopau aussieht und wie sie bewältigt werden, konnte man in der heutigen Mitteldeutschen Zeitung entnehmen. Die sehr hohe Auslastung der Einrichtungen stellen für die Erzieherinnen große emotionale und körperliche Belastungen dar. Die Einrichtungen sind besonders mit der Einhaltung der Hygienemaßnahmen gefordert. In den Einrichtungen werden Schnelltest angeboten. Die Kostenbeiträge für Kinder, die in den Kindertageseinrichtungen im Monat Januar nicht betreut wurden (Notbetreuung), werden vom Land den Gemeinden erstattet.

Herr Ebert erscheint um 18:50 Uhr zur Sitzung (Ratssaal). Damit sind 7 Mitglieder + Bürgermeister anwesend.

TOP 7. Diskussion zum Stellenplan 2021

Vorlage: I/063/2020

Herr Ringling sagt, dass der eigentliche Anlass zur Durchführung dieser Sitzung der Stellenplan der Gemeinde Schkopau ist. Danach übergibt er Frau Spaller das Wort.

Frau Spaller geht auf die Abweichungen des Planansatzes und der besetzten Stellen 2020 ein. Im Teil 3 des Stellenplanes sind dazu Erläuterungen aufgelistet. Weiterhin erklärt sie die Abweichungen bei den Gemeindearbeitern sowie beim Team der Hausmeister. Die größten Abweichungen bestehen im SG Kindereinrichtungen bei den Erziehern.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 10. Sitzung des Haupt- und Vergabeausschusses der Gemeinde Schkopau am 12.01.2021

Zum 30.06.2020 waren 9,233 VbE nicht besetzt. Im Gegenzug waren 14 Erzieherinnen in Elternzeit oder im Beschäftigungsverbot. Dies entspricht 10,5 VbE. Im Zuge der Entwicklung im Frühjahr war man bei der Personalsuche sehr zurückhaltend gewesen, da man zeitgleich den Erzieherinnen die arbeitsvertraglichen Stunden angepasst hatte. Es wurde zum 1.08.2020 eine Praktikantin im Anerkennungsjahr, zum 1.09.2020 eine Erzieherin und zum 1.11.2020 eine Kinderpflegerin eingestellt.

1. In den Kindereinrichtungen gibt es mehrere Probleme, so auch neben der Besetzung der Stellen die Anwendung des Personalschlüssels.

Vor Jahren gab es eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Besetzung der pädagogischen Kräfte in den Kindereinrichtungen beschäftigt hat. Die Arbeitsgruppe hatte einen Rahmen erarbeitet und der Verwaltung den Auftrag erteilt, zur Betreuung der Kinder den Mindestpersonalschlüssel, der vom Land vorgegeben ist, anzuwenden, zuzüglich einer bestimmten Anzahl von Leitungsstunden sowie eine Stunde Vor- und Nachbereitungszeit für das pädagogische Personal. Im Personalschlüssel sind längere Öffnungszeiten der Kindereinrichtungen, Krankheit oder Urlaub des Personals nicht berücksichtigt. Mit dem vorhandenen Personal kommen die Kindereinrichtungen in der Praxis nicht mehr durch den Alltag. Es liegen massive Rückmeldungen aus den Einrichtungen vor, dass mehr Personal gebraucht wird.

Frau Spaller sagt, dass sie diese Entscheidung nicht allein treffen kann und fragt, ob man dies im Sozialausschuss, Finanzausschuss oder im Hauptausschuss behandeln kann. Dazu sollte man zwei Leiterinnen einladen, die an begründeten Unterlagen sowie an Beispielen die Situation verdeutlichen können.

Die Mitglieder sind der Meinung, dass Personalangelegenheiten im Haupt- und Vergabeausschuss besprochen werden sollten. Herr Ringling sagt, dass dies für den aktuellen Haushalt 2021 nicht mehr umzusetzen ist, da auch lt. Frau Senf die Einladungen mit den Änderungslisten zur Klausurtagung diese Wochen versendet werden.

Frau Spaller betont, dass die Stellen, die im Stellenplan aufgeführt sind, auch benötigt werden. Auslöser war hierfür, dass der Verwaltung in der Vergangenheit immer unterstellt wurde, dass die Verwaltung viele Stellen nicht besetzt hat und möglicherweise auch nicht so viele benötigt. Dies weist Frau Spaller zurück. In der Vergangenheit wurde der Personalschlüssel mehrfach überprüft und die Stunden angepasst und so umgesetzt, wie es der Arbeitskreis festgelegt hatte. Sie bittet, die Festlegung nochmals auf den Prüfstand zu stellen. Dies sollte im Frühjahr oder Sommer passieren. Es wäre schön, wenn sich nochmals ein Gremium etablieren kann, das sich mit dem Personalschlüssel in den Kindertageseinrichtungen beschäftigen wird, da verschiedene Modelle möglich sind.

2. Umgang der Vertretungsregelungen in den Kitas

Weiteres Problem in den Kindertageseinrichtungen ist die Frage der ständigen Vertretung. Die Tarifpartner haben ausgehandelt, dass für die Kindereinrichtungen ständige Vertreter einzusetzen sind. Diese Frage wurde in den vergangenen Jahren sehr kontrovers auch in den Arbeitsgruppen des Städte- und Gemeindebundes diskutiert. Dies sollte gleichzeitig zum Personalschlüssel diskutiert werden.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 10. Sitzung des Haupt- und Vergabeausschusses der Gemeinde Schkopau am 12.01.2021

IT Problematik

Mit dem vorhandenen Personal ist eine Umsetzung der Digitalisierung der Verwaltung, sowie der Bedarf an den Grundschulen nicht mehr umzusetzen.

Beantwortung des Fragenkatalogs der Gemeinderatsfraktion SPD/EB Pomian

Frau Spaller beantwortet die Fragen.

Zu 1.

Es wurde ein Vorschlag der Verwaltung zur Unterstützung der Ortsbürgermeisterin Wallendorf gemacht, ohne dass dadurch Mehrkosten entstehen. Durch die Reduzierung der Stunden der Gemeindeassistentinnen von 10 Std./pro Woche auf 8 Std./pro Woche wird dieses abgefangen. Weiterhin ist für eine Gemeindeassistentin der Arbeitsvertrag zum 31.12.2020 ausgelaufen. Mit dieser Kollegin wurde im Vorfeld gesprochen und ihr wurde ein geänderte Arbeitsvertrag mit 8 Std./pro Woche im Dezember zugesandt. Hier gab es Gespräche, wie die Situation überbrückt werden könnte. Zeitgleich wurde Mehrarbeit angeordnet, dadurch wurde die Kollegin nicht schlechter gestellt. Diskussionen im Gemeinderat über die Besetzung der Bürgerbüros hatten im Dezember stattgefunden.

Einige Ortsbürgermeister kritisieren die Stundenreduzierung der Gemeindeassistentinnen sowie die Vorgehensweise und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung, vor allem, dass die betroffenen Mitarbeiterinnen dies erst aus dem Stellenplan des Haushaltes erfahren haben. Auf der einen Seite werden die Stunden reduziert und andererseits fallen Überstunden bei der Protokollführung in mehreren Ausschüssen an. Für die Bürger*innen in den Ortsteilen sind die Gemeindeassistentinnen in den Bürgerbüros ihre ersten Ansprechpartner und nicht die Verwaltung in Schkopau. Man sollte sich prinzipiell Gedanken über die Zukunft der Gemeindeassistentinnen machen. Die Handlungsweise der Verwaltung bezeichnen die Ortsbürgermeister als realitätsfern.

Herr Ringling bestätigt, dass für den Protokolldienst mehrerer Stunden anfallen, jedoch auch ein anderer Ortsteil mit 5 Std./pro Woche auskommt. Perspektivisch muss manches überdacht werden. In Zukunft können die Gemeindeassistentinnen vielleicht auch mehrere Ortsteile betreuen. Auch mit der Einführung der Digitalisierung werden neue Anforderungen an die Gemeindeassistentinnen gestellt. Trotzdem sind die betroffenen Ortsbürgermeister der Meinung, dass eine Vorabinformation nötig gewesen wäre. Im Ergebnis bleibt es bei den jeweiligen Stundensätzen. Die Assistentin für Döllnitz und Schkopau bekommt 5 zusätzliche Stunden für den OT Wallendorf.

Zu 2.

Eine Entscheidung zur Kombination mit der Stelle SB Vereine soll erst im Rahmen der Diskussion zur Umstrukturierung getroffen werden.

Die sozialen Belange (Bibliotheken, Jugendeinrichtungen, Senioren) werden zurzeit von einer Mitarbeiterin des Haupt- und Sozialamtes (Produkt: Zentrale Dienste) bearbeitet, die die zweite Standesbeamtin im Sekretariat vertritt. Es zeichnet sich ab, dass die Vertretung neben dem eigenen Aufgabenbereich nicht mehr zu leisten sind. Aus diesem Grund wurde eine Stelle mit 20 Wochenstunden ausgewiesen.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 10. Sitzung des Haupt- und Vergabeausschusses der Gemeinde Schkopau am 12.01.2021

Zu 3.

Herr Weiß erklärt, dass im Rahmen der Umstrukturierung die Bereiche Servicestation, Team Friedhöfe und Seen zu einer Einheit zusammengefasst werden sollen. Dafür hat die Verwaltung eine Organisationsuntersuchung/Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen der einzelnen Bereiche in Auftrag gegeben. Schwerpunktmäßig sollten die Angebote folgende Punkte enthalten:

- Erfassung und Analyse der drei Bereiche unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten,
- die jetzigen Arbeitsaufgaben aufnehmen, wieviel Leute dafür notwendig sind,
- Erfassung der Auslastung des Technikbestandes,
- Erarbeitung eines Organisationsvorschlages zur Optimierung des Personal- und Technischeinsatzes,
- Altersstrukturen und die Qualifikationen der Mitarbeiter in Betracht ziehen,
- Schwachpunkte zu finden und Verbesserungen herbeiführen zu können,

Auf die Frage, was die Servicestation in Zukunft für Leistungen erbringen soll, antwortet Herr Weiß, dass die Arbeiten z. B. die Pflege der Grünflächen, den Winterdienst und die anfallenden Arbeiten in den Seengebieten und auf den Friedhöfen beinhalten wird. Weiterhin sollen auf die unterschiedlichen Ansprüche der Ortsbürgermeister in den einzelnen Ortsteilen eingegangen werden.

Zu 4.

Bei der Besetzung der Stelle war geplant, diese zunächst übergangsweise zu teilen und ämterübergreifend eine Vertretung (50%) im Bauamt abzusichern. In der Folge hat sich die Entgeltgruppe 8 ergeben. Die geplante Vertretung im Bauamt wurde nach Einstellung der Mitarbeiterin nicht mehr notwendig. Der Mitarbeiterin wurde abweichend von den geplanten Tätigkeiten die Aufgabe der Pandemiebeauftragten übertragen. Es wird angestrebt, die Stelle zukünftig entsprechend dem Stellenplan und gemäß der Stellenausschreibung zu besetzen und mit der 9a zu vergüten.

Herr Wanzek sagt, dass da der Haupt- und Vergabeausschuss zu beteiligen ist.

Zu 5.

- die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems in der Verwaltung,
- die fortschreitende Digitalisierung an den Grundschulen,
- die Einbindung von Onlinediensten für die Bürger,
- die Überarbeitung der Homepage der Gemeinde sind ausgewählte Beispiele, die neben den bereits bestehenden Aufgaben nicht mehr übernommen werden können.

Zu 6.

Dazugekommen sind: Sporthalle Raßnitz, Erweiterung Hort Raßnitz, Erweiterung Grundschule Wallendorf.

zu 7.

Mit einem k.w. – Vermerk für die Stelle „Amtsleiter Ordnungsamt“ würde eine Entscheidung hinsichtlich einer drei- bzw. vier- Ämterstruktur vorweg genommen. Diese Entscheidung soll aber erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 10. Sitzung des Haupt- und Vergabeausschusses der Gemeinde Schkopau am 12.01.2021

Herr Wanzek sagt, dass die Entscheidung durch den Gemeinderat zu einer 3 Ämterstruktur doch schon entschieden und nur auf das Jahr 2022 verschoben wurde. Ebenso die Stelle eines Sachgebietsleiters.

Zu 8.

Frau Spaller informiert, dass man sich innerhalb der Verwaltung abgestimmt hat, erst einmal einen Außendienstmitarbeiter einzustellen.

Herr Ringling sagt, dass man aufgrund der Haushaltsdiskussionen keine Möglichkeit sieht zwei Mitarbeiter für den Außendienst einzustellen. Dies ist kein willkürliches Handeln der Gemeinde.

Frau Schaaf sagt, dass es eine klare Entscheidungsvorlage von Seiten des Gemeinderates gab, zwei Außendienstmitarbeiter und nicht einen einzustellen.

Die Gemeinde Schkopau ist eine große Flächengemeinde und da sind eine Stelle oder zwei halbe Stellen nicht ausreichend.

Herr Wanzek sagt, dass er sich 10 Jahre in das Jahr 2010 zurückversetzt sieht. Bereits da war die Rede, im Stellenplan einen Außendienstmitarbeiter einzustellen. Diese Stelle wurde jedoch im Ordnungsamt für den Innendienst umgewandelt.

Die Mitglieder sind der Meinung, dass die Einstellung von einen Außendienstmitarbeiter unumgänglich ist und dies auch ein Anfang zur Unterstützung der Verwaltung bedeutet.

Zu 9.

Im Ergebnis einer Stellenbemessung nach dem Modell der KGST wurde festgestellt, dass für eine Schulsekretärin an einer Grundschule in dörflichen Strukturen eine wöchentliche Arbeitszeit von 20 Stunden ausreichend bemessen ist. Die persönlichen Verhältnisse der Stelleninhaberin haben sich geändert. Deshalb konnte die arbeitsvertragliche Stundenzahl angepasst werden.

Der Stellenplan 2021 berücksichtigt diese Änderung und weist zukünftig für alle Grundschulen die Schulsekretärinnen mit jeweils 20 Wochenstunden aus.

Zu 10.

Das Sachgebiet Kindereinrichtungen ist personell mit 1,65 VbE besetzt. Durch die zuständigen Mitarbeiterinnen werden insgesamt 12 Kindereinrichtungen mit ca. 1.000 Kindern verwaltungsseitig betreut. Konzeptionelle Arbeiten wie z.B. die Einführung und Umsetzung eines Qualitätsmanagementsystems gemäß § 5 Abs. 3 KiFöG, die Vorbereitung und Durchführung von Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsverhandlungen für 12 Kindereinrichtungen sowie einem freien Träger, die Erarbeitung von Benutzungs- und Gebührensatzungen können nicht mehr im erforderlichen Zeitrahmen erfolgen. Das kann sich negativ auf den gemeindlichen Haushalt auswirken.

Das System zur Finanzierung der Kindereinrichtungen ist sehr komplex und umfasst ein Finanzvolumen von mehr als 4,2 Mio. Euro. Der erforderliche Zeitaufwand für Statistiken und Abrechnungen mit dem Landkreis, benachbarten Gemeinden, freien Trägern und Eltern nehmen ständig zu.

Um die Arbeitsrückstände im Sachgebiet Kindereinrichtungen abzubauen und die Amtsleitung vom operativen Geschäft zu entlasten, ist die Einführung eines Sachgebietsleiters für das Sachgebiet Kindereinrichtungen und Grundschulen dringend erforderlich. Bereits der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020 sah zwei zusätzliche Stellen vor.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 10. Sitzung des Haupt- und Vergabeausschusses der Gemeinde Schkopau am 12.01.2021

Diese konnten nicht besetzt werden, weil sie mit einem Sperrvermerk versehen wurden. Als Amtsleiterin ist man stark in das operative Tagesgeschäft des Sachgebietes eingebunden, was zu Lasten von strategischen Arbeiten geht- wie z.B. Personalentwicklungskonzept. Die Vorgesetztenfunktion kann jetzt bereits nicht im erforderlichen Maße wahrgenommen werden. Der Amtsleiterin sind direkt unterstellt: 12 Leiterinnen Kitas, 11 Mitarbeiter*innen Hauptamt, 4 Mitarbeiter*innen Jugendclubs, 2 Mitarbeiter*innen Senioren, 2 Bibliotheken, 6 Gemeindeassistentinnen, 4 Schulsekretärinnen.

Deshalb ist die personelle Verstärkung und Ausweisung einer Sachgebietsleitung für das Sachgebiet Kindereinrichtungen unabhängig von der Frage einer zukünftigen Organisationsstruktur der Verwaltung dringend erforderlich. Eine eventuelle Ergänzung der Verantwortung für Aufgabengebiete wie zum Beispiel Vereinsarbeit, Bibliotheken, Jugendeinrichtungen und Seniorenarbeit könnte im Rahmen der Umstrukturierung zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden. Mit der im Stellenplan 2021 ausgewiesenen Stelle für die Sachgebietsleitung würde die Stelle „Qualitätsmanagement“ entfallen.

Zu 11.

Planung 2021 Kita Raßnitz

Berechnungsgrundlage 96 Kinder

Personalbedarf 13,250 VbE

Ausnahmegenehmigung für 7 Kinder angestrebt, dadurch zusätzlicher bislang noch nicht geplanter Personalbedarf

Zu 12.

Planung 2021 Hort Raßnitz

Berechnungsgrundlage 138 Kinder

Personalbedarf 6,0 VbE

Zu 13.

Herr Ringling informiert, dass der Amtsleiter des Bauamtes nicht komplett das Ordnungsamt+ Sicherheit übernimmt. Den Bereich des Bürgerservice (Einwohnermeldeamt, Standesamt) übernimmt das Hauptamt. Stellenbewertungen sind nicht geplant. Daraufhin wird geäußert, dass eine Änderung der Planstellen erfolgt. Daher ist eine Neubewertung der Stellen unumgänglich, da der Bauamtsleiter Aufgaben des Ordnungsamtes übernimmt. Herr Ringling sagt, dass die 3 Ämterstruktur in der Organisationsuntersuchung geprüft werden soll.

Die Mitglieder sagen, dass die zusätzliche Übernahme von Aufgaben keine finanziellen Auswirkungen haben, können sie sich nicht vorstellen. Die Sinnhaftigkeit einer Organisationsuntersuchung muss erkennbar sein. Frau Spaller sagt, dass für eine Organisationsuntersuchung für 2021 keine Mittel eingestellt wurden.

Frau Ewald sagt, dass der Haupt- und Vergabeausschuss die Organisationsuntersuchung nicht befürwortet hatte, da das Konzept fehlte. Nun gibt es einen Vorschlag des Bürgermeisters. Dieser sollte nun durch ein externes Gutachten geprüft werden. Eine Mehrzahl der Mitglieder des Ausschusses stimmt dieser Sichtweise zu. Herr Ringling sagt, dass er die Strukturänderung der Verwaltung auf 2022 verschoben hat. Die Untersuchung könnte somit im Jahr 2021 stattfinden.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 10. Sitzung des Haupt- und Vergabeausschusses der Gemeinde Schkopau am 12.01.2021

Herr Ringling nimmt den Vorschlag auf und wird dies mit den Vorsitzenden der Fraktionen am kommenden Montag 16:00 Uhr besprechen.

TOP 9. Diskussion zum Stand Kita

Herr Ringling sagt, dass der Gemeinderat auf Antrag der CDU/KFFS Fraktion einen zeitweiligen beratenden Arbeitskreis gegründet hat, der sich zur Vorbereitung des Neubaus einer Kindereinrichtung befassen soll. In diesem Arbeitskreis war aus jeder Fraktion ein Vertreter entsandt. Durch die Fraktionsneubildung ist die Fraktion Linke/Grüne/Pro Bürger in dem Arbeitskreis nicht mehr vertreten und die neue Fraktion Pro-Döllnitz mit 2 Personen. Herr Ringling schlägt vor, dies unbürokratisch und ohne Beschluss zu klären.

Herr U.A. Schmidt meint, dass dies unkompliziert zu lösen ist. Er wird aus seiner Fraktion nur eine Person entsenden. Herr Rattunde soll klären, wen er aus seiner Fraktion in den Arbeitskreis entsendet. Frau Ewald weist darauf hin, dass die Vertreter des Arbeitskreises durch Beschluss des Gemeinderates zu bestätigen sind. Frau Schaaf sagt, dass die Namen formal durch einen Beschluss bestätigt werden sollten. Herr Ringling wird dieses mit den Fraktionsvorsitzenden absprechen. Wichtig ist aber die Arbeitsfähigkeit des Arbeitskreises.

TOP 10. Anfragen und Anregungen

Frau Senf gibt den Hinweis, dass die Meldungen der Verteilung der Ortsbürgermeistermittel bis zum 25.01.2021 in der Finanzverwaltung schriftlich vorliegen müssen.

Anschließend macht Herr Ringling noch Ausführungen zur Gemeindefeuerwehr, insbesondere die notwendige Entscheidung zum Umsetzen eines Fahrzeuges von Korbetha nach Lochau und den dadurch verursachten neuen Konflikt zwischen den Ortswehren und der Gemeindewehrleitung.

Anmerkung:

Während der gesamten Sitzung kritisieren die am Chat beteiligten Ausschussmitglieder sowie die Ortsbürgermeister*innen die schlechte Verbindung. In Zukunft sollte man andere Möglichkeiten, evtl. andere Plattform nutzen. Der Chat war unzumutbar.

Dadurch erschwerte sich ebenfalls das Aufsetzen der Niederschrift, da zahlreiche Diskussionsbeiträge zeitversetzt übertragen wurden und Wortbeiträge akustisch durch die Übertragungsqualität unverständlich waren.

TOP 11. Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Herr Ringling erklärt, dass die Durchführung des nicht öffentlichen Teils der Sitzung entfällt. Grund hierfür sind die Vorschriften der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Gemeinde Schkopau und seiner Ausschüsse.

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 10. Sitzung des Haupt- und Vergabeausschusses der Gemeinde
Schkopau am 12.01.2021

Herr Ringling beendet um 21:55 Uhr die öffentliche Sitzung.



Torsten Ringling
Vorsitzender



Ina Mühlbach
Protokollführerin